

## In die Schranken weisen

Liane Janz über die Bremer Bahnlärmdebatte Profit ist wichtiger als die Gesundheit der Menschen. Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man den Streit um den Lärmschutz im Zuge der Verlängerung des Gleis 1 in Bremen verfolgt.

Die Bahn muss nach geltendem Recht an bestehenden Gleisen nichts unternehmen, um die Anwohner vor Lärm zu schützen. Das haben Politiker mal so entschieden und nur sie können das auch wieder ändern. Alles, was die Bahn an Lärmschutz an bestehenden Strecken unternimmt, tut sie freiwillig. Und dabei feilscht und zankt sie um jeden Cent, den sie ausgeben müsste.

In der Roonstraße in der Bremer Innenstadt, dort also, wo die Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Bahnstrecke wohnen, haben Experten bereits vor zehn Jahren eine Lärmbelastung von 75 Dezibel gemessen - am Tag und auch in der Nacht. Ungefähr so viel Lärm erzeugt ein Presslufthammer. Inzwischen liegen diese Werte längst darüber, da immer mehr Güterverkehr über die Schiene abgefertigt wird. Und ist der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven erst fertig, soll der Verkehr noch zunehmen. Das bedeutet, dass es noch lauter wird in der Roonstraße. Der Bremer Lärmexperte Eberhard Greiser hat festgestellt, dass bereits Werte ab 40 Dezibel Dauerbeschallung eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen darstellen.

Doch eine Lärmschutzwand hinter den Häusern an der Roonstraße - und nicht nur dort - ist der Bahn zu teuer. Dabei verschweigt sie, mit welchen Gewinnen sie rechnet, wenn der Jade-Weser-Port erst brummt. Denn natürlich will die Bahn am Tiefwasserhafen mitverdienen. Das ist absolut rechtens und wirtschaftlich verständlich. Moralisch verwerflich daran ist, dass dies auf Kosten der Gesundheit der Bahnanlieger geschehen soll. Besser wäre es, wenn die Bahn einen Teil der erwarteten Gewinne in Lärmschutz investierte und damit die Menschen schützte.

Fakt ist aber, dass die Bahn den Bürgern soweit nicht entgegenkommen will. Anwohnern, die sich mit ihr anlegen, droht sie sogar damit, die zugesagte Unterstützung für den passiven Lärmschutz, also beispielsweise für neue Fenster, zu streichen. Jetzt sind ein weiteres Mal die Politiker gefragt. Nur sie können Gesetze ändern und die Bahn in die Schranken weisen. [lokales@weser-kurier.de](mailto:lokales@weser-kurier.de)

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 2 Datum: 18.04.2012